



Geburts- und Begräbnisort

Im kleinen Dorf Predappio ist der Geburts- und Begräbnisort des italienischen Diktators Benito Mussolini. Sein Grab ist heute ein viel besuchter Pilgerort von Alt- und Neufaschisten. Trotz Verbot kommt es immer wieder zu Aufmärschen.



Vor dem historischen Tor im früheren Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau: Die Gedenkstätte wird häufig von Schülern und Studenten besucht.

Mussolinis Geburtsort streicht Zuschüsse für Auschwitz-Besuche

ROM (dpa). Die italienische Kleinstadt Predappio, bekannt als Geburtsort und letzte Ruhestätte des Diktators Benito Mussolini (1883-1945), hat die Zuschüsse für Schülerfahrten zum Besuch des früheren NS-Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau gestrichen. Bürgermeister **Roberto Canali** von Mitte-Rechts sagte am Freitag der Nachrichtenagentur Ansa, die Initiative für die Auschwitz-Besuche sei ihm „zu einseitig“.



Roberto Canali

Schüler sollten „auch andere Orte der Unterdrückung im 20. Jahrhundert“ kennenlernen, sagte Canali. Konkret nannte er die Berliner Mauer und die Foiben. Dabei bezog er sich auf Massaker, die jugoslawische Partisanen vor und nach Ende des Zweiten Weltkriegs an der italienischen Bevölkerung in Istrien verübten. Canali ist der erste rechtsgerichtete Bürgermeister in der rund 50 Kilometer südwestlich von Ravenna gelegenen Gemeinde seit dem Zweiten Weltkrieg. Im konkreten Fall ging es um 2 Oberstufenschüler, die mit dem italienischen „Erinnerungszug“

nach Auschwitz fahren sollten. Die Gemeinde sollte sich an den Kosten mit 370 Euro beteiligen. Die linke Opposition teilte am Freitag mit, dass sie einspringen werde. Mussolini regierte Italien von 1922 bis 1943. Nach dem Wechsel des Landes ins Lager der Alliierten im Zweiten Weltkrieg führte er im deutsch besetzten Teil Italiens eine Marionettenregierung. Er wurde von Partisanen hingerichtet. Sein Urenkel Caio Giulio Cesare Mussolini kandidierte im Mai erfolglos fürs Europaparlament. Seine Enkelin Alessandra Mussolini saß dort in der vergangenen Wahlperiode.

„Ich hoffe, Gott schütze jeden von Ihnen, Gott schütze dieses großartige Land Deutschland und unsere enge gemeinsame Freundschaft.“

US-Außenminister Mike Pompeo am Freitag in Berlin

Historische Orte, starke Worte

BEZIEHUNGEN: 30 Jahre nach dem Fall der Mauer nimmt der US-Außenminister Deutschland in die Pflicht

BERLIN (dpa). US-Außenminister Mike Pompeo hat Deutschland zum 30. Jahrestag des Mauerfalls zu einem gemeinsamen Kampf für die Freiheit aufgerufen. „Wir müssen anerkennen, dass Freiheit niemals garantiert ist“, sagte er am Freitag in einer Rede vor der Körber-Stiftung in Berlin.



US-Außenminister Mike Pompeo und Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin.

APA/afp/KAY NIETFIELD

Zusammen mit den USA müsse sich Deutschland gegen autoritäre Systeme wie Russland und China stellen. Deswegen sei es wichtig, dass Deutschland nicht von russischen Energielieferungen abhängig werde. Pompeo warnte erneut davor, den chinesischen Telekom-Ausrüster Huawei am 5G-Netz zu beteiligen.

Huawei steht bei US-Behörden unter Verdacht, seine unternehmerische Tätigkeit zur Spionage für China zu nutzen. Die US-Regierung hat Huawei auf eine schwarze Liste gesetzt. Washington kritisiert auch das deutsch-russische Pipeline-Projekt Nord Stream 2 scharf. Frühere Kritik der USA an den Verteidigungsausgaben Deutschlands erneuerte Pompeo nicht. Er sprach in der Reihe „Global Leaders Dialogue“, in der die Körber-Stiftung Staats- und Regierungschefs sowie Außen- und Sicherheitspolitiker zum Gedankenaustausch einlädt.

Der US-Außenminister wickelte eine Antwort auf die Frage aus, ob er die vor 70 Jahren gegründete Nato auch für „hinter“ halte, wie dies der französische Präsident Emmanuel Macron erklärte hatte. Das Bündnis müsse „wachsen und sich entwickeln“, damit man sich den aktuellen Herausforderungen von heute stellen könne, sagte Pompeo. Die grundlegende Frage laute:

„Wie ist diese Institution noch effektiv und relevant 70 Jahre später?“

Kampf für Freiheit

„Wir müssen anerkennen, dass Freiheit niemals garantiert ist“, sagte Pompeo. Es gebe bereits wieder neue autoritäre Strukturen. Man müsse erkennen, dass freie Staaten in einem Wettstreit der Werte mit unfreien Staaten stünden. „Das Schreckgespenst greift wieder um sich“, warnte Pompeo. „Es ist an uns, unsere Freiheit und Zukunft zu verteidigen“, sagte er. „Stehen wir in Einheit zusammen, stehen wir als Verbündete, als Freunde zusammen“, sagte Pompeo. „Wenn Sie nicht führen, wenn Amerika nicht führt, wer wird es dann?“

Gefragt nach den Handelsauseinandersetzungen, die die USA auch mit Europa führen, räumte der US-Außenminister

ein, idealerweise gäbe es keine Zölle und schützende Mauern, wie sie die USA jetzt hochziehen. „Das ist nicht so, wie freie Völker miteinander umgehen und handeln.“

Mit Blick auf den Mauerfall vor 30 Jahren sagte Pompeo, die USA hätten gewusst, dass ein unfreies System wie die DDR irgendwann kollabieren müsse. Man habe aber den Zeitpunkt nicht abschätzen können. Pompeo lobte den „Mut der Ostdeutschen, die Mauer zu Fall zu bringen“. Er selbst habe als US-Soldat Deutschland im Oktober 1989 verlassen – „einige Wochen zu früh“.

Der US-Außenminister räumte Fehleinschätzungen in der Folgezeit ein. Man habe gedacht, dass nun überall freie Gesellschaften gedeihen würden. Man habe daher auch gedacht, dass man Streitkräfte abziehen könne. „Wir haben uns geirrt“, sagte Pompeo und verwies unter

anderem auf den Konflikt in der Ukraine und die Annexion der Krim durch Russland.

Es sind keine leichten Zeiten für ein Bekenntnis zur deutsch-amerikanischen Freundschaft. Twitter-Tiraden, Autocoll-Drohungen, NATO-Streit – selten war das Verhältnis der beiden Staaten angespannter.

Große Dankbarkeit

Kein leichtes Terrain also für US-Außenminister Mike Pompeo bei seinem Deutschlandbesuch. US-Stützpunkt „Little Berlin“, Nikolaikirche, Synagoge in Halle – der Trump-Vertraute hatte sich viel vorgenommen. „Wir sind euch in großer Verbundenheit und in großer Dankbarkeit verpflichtet“, sagte Maas an Pompeo gerichtet und fügte hinzu: „Wir verdanken unsere Freiheit und auch unsere Einheit ganz entschieden euch.“

© Alle Rechte vorbehalten

EUROPA-SPLITTER

Budget der EU – das liebe Geld

NEUER FINANZRahmen: Finanzierung für die Jahre 2021 bis 2027 wartet auf Einigung

Die EU-Kommission hat eine relativ positive Wirtschaftsprognose für den EU-Raum vorgestellt. Die Wirtschaft wächst das siebte Jahr in Folge, auch 2020 und 2021 noch. Dass diese Aussicht die nun ins Haus stehenden EU-Finanzverhandlungen erleichtern würde, darf jedoch bezweifelt werden. Vielmehr haben die kolportierten Zahlen aus dem EU-Finanzbericht 2018 teils für weniger Freude gesorgt, denn für einige Länder steigt der EU-Nettobeitrag.

Gemessen am Bruttonationaleinkommen liegt Österreich hinter Deutschland und Dänemark auf Platz 3 der Nettozahler. Italien liegt nach dieser relativen Berechnung an sechster.

Gemäß den Zahlen aus 2018 gibt es 11 Nettozahler, 3 Länder die mehr oder weniger pari aussteigen (Luxemburg, Malta und Zypern) und 14 Länder, die Nettoempfänger sind. In absoluten Zahlen die größten Nettoempfänger waren 2018 Polen (12 Milliarden Euro), gefolgt von Ungarn mit 5 Mrd. Überschuss.

Im relativen Sinne (Überschuss aus dem EU-Budget gemessen an der Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes) liegt Un-

Nettozahler und -empfänger in der EU

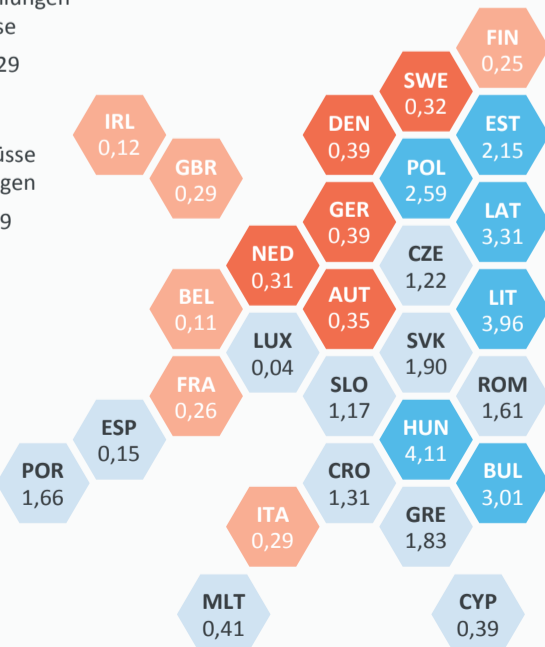
Nettobeitrag in % des Bruttonationaleinkommens 2018

Mehr Einzahlungen als Rückflüsse

- 0 bis 0,29
- ab 0,3

Mehr Rückflüsse als Einzahlungen

- 0 bis 1,99
- ab 2,00



Dolomiten-Infografik: A. Delvai

Quelle: EU-Kommission

garn an der Spitze der Nettoempfänger. Unter den 11 Nettoempfängerstaaten sind nur 3 westeuropäische Länder: In absoluten

Zahlen an dritter Stelle steht Griechenland, an vierter Portugal und an siebter Spanien. Angesichts der kommenden

Verhandlungen über den nächsten Finanzrahmen von 2021 bis 2027 ergibt sich eine Vielzahl von sich überlappenden Allianzen. So stehen Österreich, Dänemark, die Niederlande und Schweden für eine Senkung des EU-Budgets auf 1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Belgien, Zypern, Finnland oder Irland sind da flexibler. Und Portugal sowie Griechenland können sich ein EU-Budget vorstellen, das höher ist als die EU-Kommission vorschlägt. Italien, Kroatien, Litauen, Malta, Rumänien, Slowakei und Spanien wollen das Budget dort einfrieren, wo die Kommission ihren Vorschlag eingeschlagen hat: 1,11% des BIP.

Schwieriger als die Frage wieviel Geld ausgegeben werden soll ist jene nach dem Wofür. So gibt es jene, die mehr Landwirtschaft fördern wollen und jene die dies gerade nicht wollen. Es gibt Kohäsionsländer die regionalpolitische Förderungen vorziehen und wiederum solche, die sicherstellen wollen, dass keine EU-Gelder an Staaten gehen, die es mit der Rechtsstaatlichkeit nicht so genau nehmen. Die Verhandlungen zu diesen Fragen werden sich noch über einen Gutteil des nächsten Jahres hinziehen.

5 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



Die EU-Mitgliedstaaten stellen der Europäischen Union jährlich einen Betrag zur Verfügung, der knapp über einem Prozent des Bruttonationaleinkommens der EU-Staaten liegt.

„Dolomiten“: 11 EU-Nettozahler kostet die EU mehr als sie bringt. Was sagen Sie dazu?

Gabriel N. Toggenburg: Die Figur des „Nettoempfängers“ ist eine buchhalterische Kleinräumerei. Man zählt alle Euros zusammen, die man ins Budget der Europäischen Union zahlt – minus jener Euros, die aus diesem Budget wieder reitor kommen. Das hat wenig mit einer Gesamtberechnung der wirtschaftlichen Vorteile einer EU-Mitgliedschaft zu tun. Österreich spart sich zum Beispiel durch den Wegfall der Grenzkontrollen bis zu 4 Milliarden Euro jährlich.

„D“: Das EU-Jahresbudget beträgt circa 150 Milliarden Euro. Ist das nicht sehr viel?

Toggenburg: Der Haushalt Italiens beträgt ein Vielfaches davon. Die Vereinigten Staaten von Amerika verfügen über ein Bundesbudget das wohl weit über das 20-fache des EU-Budgets beträgt.

„D“: Wie viel davon verschlingt die Verwaltung der Europäischen Union?

Toggenburg: Die EU-Verwaltung verschlingt so 5 bis 6 Prozent.

„D“: Und der Rest?

Toggenburg: Der Rest ist operatives Geld, das in der einen oder anderen Art den Ländern zugute kommt. Von den massiven Geldern der Regionalpolitik hat beispielsweise nicht nur Osteuropa profitiert. Auch Süditalien, Spanien, Portugal wurden gefördert.

„D“: Was bedeutet der Austritt Großbritanniens aus der EU (Brexit) in diesem Zusammenhang?

Toggenburg: Ein großer Nettozahler bricht weg. Es muss folglich gespart und neu umverteilt werden.

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz

© Alle Rechte vorbehalten